Deutscher Bundestag **Drucksache 17/540**

17. Wahlperiode 27. 01. 2010

Antrag

der Abgeordneten Sylvia Kotting-Uhl, Ute Koczy, Kerstin Andreae, Bärbel Höhn, Hans-Josef Fell, Markus Kurth, Undine Kurth (Quedlinburg), Oliver Krischer, Nicole Maisch, Dr. Hermann Ott, Dorothea Steiner, Alexander Bonde, Cornelia Behm, Birgitt Bender, Viola von Cramon-Taubadel, Kai Gehring, Uwe Kekeritz, Sven Kindler, Katrin Göring-Eckardt, Bettina Herlitzius, Winfried Hermann, Ulrike Höfken, Dr. Anton Hofreiter, Thilo Hoppe, Maria Klein-Schmeink, Tom Koenigs, Stephan Kühn, Beate Müller-Gemmeke, Ingrid Nestle, Omid Nouripour, Friedrich Ostendorff, Brigitte Pothmer, Manuel Sarrazin, Elisabeth Scharfenberg, Dr. Frithjof Schmidt, Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Markus Tressel, Daniela Wagner, Dr. Valerie Wilms und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wiedereinführung der Förderung von Atomexporten stoppen – Keine Hermes-Bürgschaft für Angra 3 in Brasilien

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Weltweit trägt die Atomenergie lediglich zu 2,5 Prozent zur Deckung des Endenergiebedarfs bei. Sie kann daher schon quantitativ weder für die künftige Energieversorgung noch für den Klimaschutz eine bedeutende Rolle spielen. Demgegenüber stehen unverantwortliche Risiken. Reaktorunfälle können zu verheerenden Katastrophen führen und für den über Jahrtausende strahlenden Atommüll gibt es weltweit kein sicheres Endlager.

Der Bau von Atomkraftwerken ist in vielen Ländern eine Prestigefrage, von der sich die jeweiligen Regierungen versprechen, in den Kreis der Atommächte aufzurücken. Damit birgt die Atomtechnik immer auch die Gefahr des militärischen Missbrauchs und des militärischen Wettrüstens. Der Export von Atomtechnologie in Länder mit wachsendem Energiebedarf ist daher mehr als zweifelhaft.

Schätzungsweise 40 Staaten verfügen über die industriellen oder wissenschaftlichen Voraussetzungen, um in relativ kurzer Zeit Atomwaffen zu bauen. Dabei konnten und können sie auf die Kooperationsbereitschaft, Zulieferung und das Know-how der Atomenergiestaaten zurückgreifen. Die Bundesregierung muss es sich zum Ziel machen, dieses Risiko zu verringern, und sich national und weltweit für den Ausstieg aus der zivilen wie militärischen Nutzung der Atomenergie einsetzen. Dazu gehört auch, sich international für eine Stärkung des Nichtverbreitungsregimes von Atomwaffen einzusetzen und die Atommächte an ihre Abrüstungsverpflichtungen zu erinnern.

Zu Recht wurde in Deutschland 2001 die Exportförderung von Atomtechnologie beendet. Seitdem werden im Rahmen der Außenwirtschaftsförderung wegen „nationaler Besonderheiten“ zusätzlich zu den OECD-Leitlinien („Com-

mon Approaches“ zu Umweltprüfungen bei staatlich verbürgten Exportkrediten) von 2007 auch noch die nationalen Hermes-Umweltleitlinien von 2001 angewandt, die insbesondere den Ausschluss der Förderung für Atomexporte vorsehen.

Laut Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP soll diese Praxis geändert werden. Statt der Hermes-Umweltleitlinie sollen künftig ausschließlich die OECD-Leitlinien bei der Umweltprüfung als alleiniger Maßstab gelten. Letztere enthalten jedoch keinen Passus, der die Exportförderung von Nukleartechnologien ausschließt. Bereits Ende 2009 wurde über die Homepage der deutschen Außenwirtschaftsförderung (AGA-Portal) eine entsprechend geänderte Beschreibung der Umweltprüfung veröffentlicht, die eine Anwendung der Hermes-Umweltleitlinien nicht mehr enthält und so auch die Exportförderung von Atomtechnologien ermöglicht.

Als Präzedenzfall für die Praxis steht jetzt der Antrag von Siemens/Areva zur Übernahme einer Hermes-Bürgschaft in Höhe von bis zu rund 2,5 Mrd. Euro für den Bau des brasilianischen Atomreaktors in Angra dos Reis zur Entscheidung an. Die Bundesregierung will diesen Antrag „im Lichte der Koalitionsvereinbarung“ prüfen. Damit wird er zum Testfall für die Abschaffung der Hermes-Leitlinien von 2001 und den Wiedereinstieg in die Exportförderung von Atomtechnologie.

Brasilien hat den Atomwaffensperrvertrag zwar unterzeichnet, nicht jedoch ein Zusatzprotokoll, das der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) unangekündigte Kontrollen gewährt. Das Land verfügt zudem über keine unabhängige Atomaufsicht, da die zuständige Behörde (CNEN) zugleich Brennstoffversorger, Auftragnehmer sowie Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde ist. Damit ist keine funktionelle Trennung von Betrieb und Aufsicht über Atomanlagen möglich.

Der Standort Angra dos Reis birgt unverantwortliche Risiken. Er liegt nur etwa 100 km von der Millionenstadt Rio de Janeiro entfernt in der einzigen erdbebengefährdeten Region Brasiliens. Zudem ist der geplante Druckwasserreaktor Angra 3 technologisch veraltet. Die Technik wurde bereits 1995 gekauft und ist seitdem eingelagert.

Auch wirtschaftlich ist der Reaktorbau in Angra dos Reis hochriskant. Bereits Angra 2 wurde mit Fertigstellungskosten von 7 bis 10 Mrd. US-Dollar zum ökonomischen Desaster. Dessen ungeachtet werden die Kosten für Angra 3 von der staatlichen Betreiberfirma auf nur etwa 2,5 Mrd. US-Dollar angegeben. Diese unrealistisch niedrige Schätzung erhöht das Ausfallrisiko bei der beantragten Hermes-Bürgschaft.

Um die Entwicklung der brasilianischen Wirtschaft und den Ausbau der Energieversorgung voranzubringen, ist die Kooperation im Bereich der erneuerbaren Energien vielversprechender als der Bau eines weiteren Atomkraftwerks. Die unter der rot-grünen Bundesregierung erfolgreich auf den Weg gebrachten bilateralen Beziehungen im Sektor erneuerbare Energien und Effizienz müssen weiter forciert werden. Sie machen einen Ausbau der Atomenergie überflüssig.

Insgesamt bergen Hermes-Bürgschaften für Atomtechnologie große Risiken für den Bundeshaushalt. Das „CONGRESSIONAL BUDGET OFFICE“, eine Art amerikanischer Bundesrechnungshof, schätzt das Kreditausfallrisiko bei AKW-Neubauten (AKW = Atomkraftwerke) in Amerika auf über 50 Prozent. Die angeführten Gründe: explodierende Kosten, Verzögerungen im Bau und schlechte Planungen. In Schwellen- und Entwicklungsländern dürfte der Ausfallwert noch deutlich höher liegen.

Der Deutsche Bundestag spricht sich gegen den Wiedereinstieg in die Exportförderung für Atomtechnologien aus. Er lehnt es zudem ab, dass der Bundes-

haushalt ein Atomgeschäft absichert, das weder modernen Sicherheitsanforderungen noch einer ernsthaften Wirtschaftlichkeitsprüfung standhält und zudem in einem Land stattfindet, das sich bis heute weigert, das Zusatzprotokoll zum Atomwaffensperrvertrag zu unterschreiben.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- den Bürgschaftsantrag von Siemens/Areva für den Bau des Atomkraftwerkes Angra 3 in Brasilien abzulehnen,
- die Umweltleitlinien für Hermes-Bürgschaften aus dem Jahr 2001 bei der Exportförderung unverzüglich und vollständig wieder anzuwenden,
- die Exportförderung für Atomtechnologie auszuschließen.

Berlin, den 27. Januar 2010

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333